

December 9, 1991
**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with
Croatian President Franjo Tudjman on Thursday, 6
December 1991**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Croatian President Franjo Tudjman on Thursday, 6 December 1991", December 9, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59747, 97-105. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300156>

Summary:

Kohl and Tudman examine the situation in the Yugoslavia War and the state of EC sanctions against Yugoslavia. They discuss Germany's forthcoming recognition of Croatia. In addition, they review the correlation of military forces between Croatia and the Yugoslavian People's Army.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

-9⁹⁶

AL 2

Bonn, 6. Dezember 1991

Direktor des Kanzlers	3
10. DEZ. 1991	
Li 10/12	

Über
 Herrn Chef BK
Herrn Bundeskanzler

-9. Dez. 91
 fr 9/12
 am 4.12.

Hartmann
er

Betr.: Ihr Gespräch mit dem kroatischen Präsidenten Franco Tudjman am
 Donnerstag, 5. Dezember 1991

Hiermit lege ich Vermerk über Ihr o.a. Gespräch mit dem kroatischen
 Präsidenten Franco Tudjman am Donnerstag, 5. Dezember 1991, mit der Bitte
 um Billigung vor.

Ich schlage vor, daß Herr BM Genscher, der an dem Gespräch teilgenommen
 hat, einen Durchdruck dieses Vermerks zur persönlichen Kenntnisnahme
 erhält.

Hartmann
 (Dr. Hartmann)

*1/2 pr. Postwurfschleife
 Entwurf aus Kroaten
 am 2. 12. 91,
 Bonn BM Genscher
 211
 12*

AL 2

Bonn, 5. Dezember 1991

97

C12

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem kroatischen
Präsidenten Franco Tudjman am Donnerstag, 5. Dezember 1991

Teilnehmer:

Auf kroatischer Seite:

Präsident Tudjman
Außenminister Separovic
Notetaker

Auf deutscher Seite:

Der Bundeskanzler
BM Genscher
MD Dr. Hartmann als Notetaker

Der Bundeskanzler heißt Präsident Tudjman herzlich willkommen. Er habe gerade gehört, was im kroatischen Parlament zur Minderheitenfrage beschlossen worden sei. Er finde diese Beschlüsse sehr gut. Dies sei eine wichtige Botschaft.

Nächste Woche werde der ER in Maastricht stattfinden. Es sei die klare Absicht aller Beteiligten, dort das Thema Jugoslawien nicht zu behandeln. Die Bundesregierung werde aber zwischen Maastricht und Weihnachten eine klare Entscheidung treffen.

Präsident Tudjman erklärt, er wolle sich zunächst für die Einladung bedanken, die in diesen schweren Tagen für Kroatien von besonderer Bedeutung sei. Die kroatische Regierung schätze den persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers und von Bundesminister Genscher für eine Beendigung des Krieges in Jugoslawien sehr hoch ein. Er wolle die Gelegenheit des Gespräches auch dazu benutzen, über wirtschaftliche Fragen zu sprechen.

BM Genscher erläutert kurz den Stand der Sanktionsmaßnahmen. Die EG habe sich am 8. November in Rom auf Sanktionen geeinigt. Letzten Montag habe man positive Maßnahmen zugunsten der kooperationswilligen Republiken beschlossen. Letzteres sei eine schwierige Sache gewesen, da alle Mitgliedstaaten sich darüber im klaren gewesen seien, daß dieser Schritt zwar keine Anerkennung bedeute, aber ein wichtiges politisches Signal sei und auch heiße, daß Jugoslawien als solches nicht mehr bestehe. Deswegen könne man mit guten Gründen sagen, daß diese Entscheidung auch eine Vorentscheidung für die künftige Politik gegenüber dem früheren Jugoslawien darstelle.

Die Bundesregierung habe darüber hinaus einseitig die Aussetzung der Verkehrsverträge mit Serbien und Montenegro beschlossen. Es sei jetzt zu hoffen, daß all die Länder, die uns in der Vergangenheit hierzu ermuntert hätten, aus diesem Beschluß die Konsequenzen zögen. Dies gelte vor allem für Österreich, Italien und Ungarn. Wenn diese Länder nachzögen, würden diese Maßnahmen noch wirksamer sein.

Der Bundeskanzler habe schon erläutert, warum die Jugoslawienfrage nicht auf dem Europäischen Rat behandelt werde. Um aber keine Zweifel an den Absichten der Bundesregierung aufkommen zu lassen, habe der Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte klar gestellt, daß wir die Anerkennung noch vor Weihnachten vornehmen würden.

Am 16. Dezember werde eine Außenministertagung in Brüssel stattfinden. Wir hätten die Absicht, dort unsere Entscheidung darzulegen.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies sei eine rein interne Unterrichtung, die nicht nach außen verwendet werden dürfe.

BM Genscher fährt fort, wir hofften, daß möglichst viele Länder bei dieser Entscheidung mitmachen würden. Er habe über diese Frage auch mit dem zuständigen Kardinalstaatssekretär im Vatikan gesprochen und gebeten, daß der Vatikan seinen Einfluß dahingehend geltend mache, daß möglichst viele mitmachten. Dies betreffe in Osteuropa vor allem Polen. Dies sei auch deswegen wichtig, damit nicht die falsche Legende aus Belgrad aufkomme, daß alte Pakte aufgewärmt werden sollten.

- 3 -

---94⁹⁹

Der Bundeskanzler bittet sodann Präsident Tadjman um eine Lageeinschätzung.

Präsident Tadjman erklärt, was die Lage an der Front betreffe, so sei es der jugoslawischen Volksarmee - die inzwischen eine serbische Armee sei - nicht gelungen, alle Orte einzunehmen, die sie habe einnehmen wollen. Sie habe zwar Vukovar erobert, nicht aber beispielsweise Osjik.

Der Armee habe nicht mehr die Kraft, alles zu besetzen, was sie besetzen wolle. Wenn die Friedenstruppen der VN in zwei Wochen stationiert würden, werde es der Armee nicht gelingen weiter vorzudringen.

BM Genscher stellt die Frage, wieso die Armee diese Kraft nicht mehr habe.

Präsident Tadjman antwortet, die Armee sei zwar technisch überlegen. Sie verfüge über rund 1600 Panzer und 250 - 300 Flugzeuge, aber ihre Moral sei stark angeschlagen. Die Kampfbereitschaft für einen Eroberungskrieg bestehe praktisch nicht mehr.

Kroatien habe alle Kasernen und militärischen Objekte deblockiert. Die dadurch freigewordenen Kräfte seien nach Bosnien und Herzegowina sowie nach Montenegro abgezogen worden. Die kroatische Regierung habe diesen Schritt gegen die eigene öffentliche Meinung gemacht, aber sie habe damit eine Auflage der EG erfüllen wollen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob die kroatische Regierung irgendwelche realistischen Vorstellungen über die Verluste auf serbischer Seite habe.

Präsident Tadjman antwortet, man wisse, daß Kroatien etwa 200 Panzer genommen und weitere 300 Panzer vernichtet habe. Ferner habe man insgesamt 50 Flugzeuge kassiert bzw. vernichtet. Über die menschlichen Verluste habe man keine genauen Angaben. Es habe aber nach Schätzungen etwa 10.000 Tote auf serbischer Seite gegeben.

Der Bundeskanzler fragt, wieviel Soldaten auf serbischer Seite im Einsatz gewesen seien.

...

Präsident Tudjman erwidert, insgesamt habe die serbische Armee in Kroatien rund 70.000 Soldaten eingesetzt. Dazu kämen noch Reservisten, über die man keine genauen Angaben habe. Man wisse lediglich, daß in Montenegro etwa 20.000 Reservisten eingezogen worden seien. Er wolle noch darauf hinweisen, daß die erwähnten Verluste auch die irregulären Kräfte umfaßten.

Der Bundeskanzler erklärt, 10.000 Tote seien ein gewaltiger Blutzoll, zumal wenn man hinzurechne, daß es dann auch mindestens 25.000 Verwundete gegeben haben müsse.

Präsident Tudjman erklärt, auf kroatischer Seite habe es etwa 10.000 Tote und etwa 20.000 Verwundete gegeben. Darunter seien 65% Zivilisten. Er habe am 2. Weltkrieg teilgenommen und könne sagen, daß damals die Zerstörungen in Jugoslawien nicht so groß gewesen seien wie jetzt. Die Armee zerstöre mit Artillerie, Mörsern und Minen ganze Ortschaften. Eine derartige Kriegsführung habe man noch nie erlebt, allenfalls seinerzeit in Vietnam.

In Kroatien befänden sich inzwischen über 50.000 Flüchtlinge. Das Territorium, auf dem der Krieg geführt werde, betreffe 30% des Gesamtterritoriums von Kroatien und 25% der Bevölkerung. Dennoch sei es der Armee nicht gelungen, ihr politisches Ziel zu erreichen, nämlich die Regierung in Zagreb zu stürzen und einen großen Teil des kroatischen Territoriums zu erobern.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie jetzt das Verhältnis zur serbischen Minderheit in Kroatien sei.

Präsident Tudjman erwidert, im Kriegsgebiet befänden sich nur noch 30% der Serben, die dort früher gelebt hätten. Davon sei ein kleiner Teil mit den Extremisten liiert, andere seien zwangsevakuert worden. Da, wo noch Serben in Kroatien lebten, gebe es keine Probleme. Nach dem jetzt verabschiedeten Verfassungsgesetz würden der serbischen Minderheit alle Bürgerrechte nach internationalem Standard eingeräumt.

Der Bundeskanzler erklärt, er habe unsere Position in der Frage der Anerkennung bereits dargelegt. Man solle in dieser Frage weiter Kontakt halten. Er wolle noch einmal sein Ziel bekräftigen, möglichst viele EG-Partner mitzunehmen. Es werde allerdings keinen förmlichen EG-Beschluß geben. Beispielsweise habe der griechische Ministerpräsident Mitsotakis ihm definitiv erklärt, daß Griechenland nicht mitmache.

Er wisse jetzt nicht genau, wer im einzelnen mitmachen werde. Noch vorgestern habe er über diese Frage mit Präsident Mitterrand gesprochen. Dabei sei auch Frankreich klar, daß die Anerkennung kommen müsse. Für Frankreich sei lediglich die Frage, wann dies erfolgen solle und was man damit bewirken könne. Seine Einschätzung sei im übrigen, daß Großbritannien in dieser Frage noch weiter weg sei.

Er gehe davon aus, daß Belgien, Luxemburg, Italien und Dänemark mitmachen würden.

Präsident Tadjman fragt nach Portugal.

Der Bundeskanzler erwidert, da sei er nicht sicher. Selbstverständlich werde sich Österreich anschließen. Auch Schweden wäre sehr wichtig, ferner Ungarn und Polen. Sein Bestreben sei es, die Front zu erweitern, auch wenn es am Tag danach noch wichtige Fragen gebe. Beispielsweise habe er der Regierung in Wien gesagt, daß er gespannt sei, was man nach der Anerkennung tun wolle. Dies gelte insbesondere für die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Präsident Tadjman fragt, ob er aus dem Gesagten schließen dürfe, daß die Anerkennung bis zum 20. Dezember komme. Dies sei wichtig zu wissen, weil Kroatien einen Währungswechsel plane und für den Übergang einen kroatischen Dinar schaffen wolle, dem später die Einführung einer kroatischen Krone folgen würde.

Der Bundeskanzler erwidert, wenn die Dinge sich nicht dramatisch veränderten, könne Präsident Tadjman hiervon ausgehen.

BM Genscher weist darauf hin, daß er auch vorgeschlagen habe, Assoziationsverträge zwischen Slowenien und Kroatien einerseits und der EG andererseits herbeizuführen, so wie dies bereits mit Polen, Ungarn und der CSFR der Fall sei.

Präsident Tudjman erklärt, unter den Staaten, die der Bundeskanzler genannt habe, sei der Vatikan nicht erwähnt.

BM Genscher erwidert, der Vatikan habe in einer Rundnote vorgeschlagen, die Anerkennung noch vor Weihnachten vorzunehmen und man habe ihm darüber hinaus gesagt, daß der Vatikan an dritter oder vierter Stelle die Anerkennung aussprechen werde.

Präsident Tudjman erklärt, er wolle noch auf die innere Lage in Kroatien kurz eingehen. Es habe seitens des Geheimdienstes in Belgrad den Versuch gegeben, die kroatische Regierung zu Fall zu bringen. Dies sei in Verbindung mit dem Fall von Vukovar geplant gewesen. Dieser Versuch sei mißlungen. Die kroatische Demokratie habe sich vielmehr als stark erwiesen.

Seine Regierung habe im übrigen Schritte gegen kroatische Extremisten ergriffen, die sich an die Ustascha anlehnten und Kroatien diskreditieren wollten.

Er habe ferner die Absicht, nach Beendigung des Krieges freie Wahlen auf der Grundlage der neuen Verfassung durchzuführen. Somit könnten die Freunde Kroatiens sicher sein, daß die Demokratie in Kroatien auf festem Boden stehe.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen betreffe, so sei der größte Wunsch Kroatiens, so bald wie möglich ein Teil Europas zu werden. Ferner wolle man enge wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland entwickeln, wo bereits Hunderttausende von Kroaten arbeiteten. Kroatien habe auch die Absicht, seine künftige Währung - die kroatische Krone - an die DM zu binden. Man wolle aber, daß es eine solide Währung sei und erst dann eine wirkliche Währungsreform durchführen, wenn die Devisenreserven dies zuließen.

Kroatien schlage eine lang- und mittelfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit vor und rechne auch mit direkter Hilfe beim Wiederaufbau. Er habe hierzu ein Memorandum mitgebracht, das die kroatischen Wünsche und Vorschläge für die wirtschaftliche Zusammenarbeit enthalte. Dazu gehöre auch der Vorschlag, einen gemischen Ausschuß auf der Ebene der Vizekanzler einzurichten.

Der Bundeskanzler erkundigt sich, wer für diese Fragen auf kroatischer Seite zuständig sei.

Präsident Tudjman erwidert, dies seien vor allem Präsident Gregovic und Vizepräsident Pavelic, beides ausgewiesene Fachleute für Wirtschaftsfragen.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde das Memorandum prüfen lassen und dann könnten sich möglichst noch im Dezember die Experten beider Seiten treffen.

Präsident Tudjman erklärt, Kroatien habe im vergangenen Jahr eine eigene Luftfahrtgesellschaft gegründet. Zur Zeit sei der Flugverkehr unterbunden. Insgesamt sei dies aber ein zukunftssträchtiger Bereich, da viele Kroaten im Ausland lebten. Wunsch der kroatischen Seite sei, daß diese neue Fluggesellschaft mit der Lufthansa zusammenarbeite, ja sogar als deren Tochtergesellschaft fungiere.

BM Genscher stellt die Frage, wieviele Kroaten im Ausland lebten.

Präsident Tudjman erwidert, es seien insgesamt 3 - 4 Millionen, davon die meisten in Deutschland, in den USA, Kanada und Australien.

Der Bundeskanzler wirft ein, der Einfluß der Kroaten in Kanada mache sich kaum bemerkbar, während Kroatien in Deutschland eine starke Gruppe habe.

Präsident Tudjman erklärt, die Kroaten in Deutschland und in anderen westlichen Ländern hätten eine wichtige Rolle bei der Errichtung der Demokratie gespielt.

- 8 -

99
104

Der Bundeskanzler kommt noch einmal auf das Memorandum zu sprechen und erklärt, er werde die zuständigen Staatssekretäre anweisen, die Sache zu prüfen, und BM Genscher werde Präsident Tadjman über das Ergebnis unterrichten.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob Präsident Tadjman Kontakt zu Polen habe. Ob er möglicherweise den Kardinal in Zagreb in der Anerkennungsfrage einspannen könne.

Präsident Tadjman erklärt, der Kardinal sei ein persönlicher Freund.

BM Genscher wirft ein, es sei sicher nützlich, wenn dieser bei der Bischofssynode in Rom für die kroatische Sache werbe.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Rolle Polens auch für die Stimmung in den USA wichtig sei und stellt die Frage, wie sich die CSFR verhalten werde.

AM Separovic erklärt, er sei kürzlich in der CSFR und Polen gewesen. In beiden Ländern habe er unter anderem mit Kirchenvertretern gesprochen. Bei einem Gespräch mit Außenminister Dienstbier habe ihm dieser zunächst sehr negative Auskünfte erteilt, nämlich daß die CSFR nur Slowenien und nicht Kroatien anerkennen werde und daß die CSFR nur dann die Anerkennung vornehmen werde, wenn ganz Europa dabei sei. Seine Frage, ob eine Gruppe von 10 Ländern in Europa nicht ausreiche, habe Dienstbier ausdrücklich verneint. Er habe daraufhin seine Überraschung über die tschechoslowakische Position zum Ausdruck gebracht. Dies habe Dienstbier veranlaßt, seinen Standpunkt zu ändern, der schließlich erklärt habe, die CSFR sei bereit, sowohl gleichzeitig Slowenien und Kroatien anzuerkennen und auch dann, wenn sich nur 10 europäische Staaten hierzu entschlossen.

Bei seinen Gesprächen in Polen habe er den Eindruck gehabt, daß man dort gegenüber Kroatien und Slowenien sehr aufgeschlossen sei.

Präsident Tadjman erklärt, vor zwei Tagen sei der Botschafter der CSFR bei ihm gewesen und habe ihm ausdrücklich erklärt, daß die CSFR unter den ersten 10 Ländern sein werde, die Kroatien anerkennen würden.

...

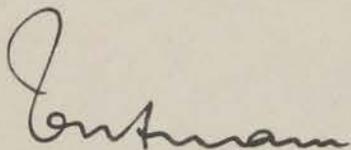
- 9 -

Nov

105

BM Genscher wirft ein, er habe gegenüber Außenminister Dienstbier in Straßburg eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.

Der Bundeskanzler schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Krieg in Jugoslawien bald zuende komme.



(Dr. Hartmann)

AL 2

Bonn, 9. Dezember 1991

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzler mit dem kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman am Donnerstag, 6. Dezember 1991 [\[1\]](#)

Teilnehmer

Auf kroatischer Seite:

Präsident Tudjman

Außenminister Separovic

Notetaker

Auf deutscher Seite

Der Bundeskanzler

BM Genscher

MD. Dr. Hartmann als Notetaker

Der Bundeskanzler heißt Präsident Tudjman herzlich willkommen. Er habe gerade gehört, was im kroatischen Parlament zur Minderheitenfrage beschlossen worden sei. Er finde diese Beschlüsse sehr gut. Dies sei eine wichtige Botschaft.

Nächste Woche werde der ER in Maastricht stattfinden. Es sei die klare Absicht aller Beteiligten, dort das Thema Jugoslawien nicht zu behandeln. Die Bundesregierung werde aber zwischen Maastricht und Weihnachten eine klare Entscheidung treffen.

Präsident Tudjman erklärte, er wolle sich zunächst für die Einladung bedanken, die in diesen schweren Tagen für Kroatien von besonderer Bedeutung sei. Die kroatische Regierung schätze den besonderen Einsatz des Bundeskanzlers und von Bundesminister Genscher für eine Beendigung des Kriegs in Jugoslawien sehr hoch ein. Er wolle die Gelegenheit des Gespräches auch dazu benutzen, über wirtschaftliche Fragen zu sprechen.

BM Genscher erläutert kurz den Stand der Sanktionsmaßnahmen. Die EG habe sich am 8. November in Rom auf Sanktionen geeinigt. Letzten Montag habe man positive Maßnahmen zugunsten der kooperationswilligen Republiken beschlossen. Letzteres sei eine schwierige Sache gewesen, da alle Mitgliedstaaten sich darüber im klaren gewesen seien, daß dieser Schritt zwar keine Anerkennung bedeute, aber ein wichtiges politisches Signal sei und auch heiße, daß Jugoslawien als solches nicht mehr bestehe. Deswegen könne man mit guten Gründen sagen, daß diese Entscheidung auch eine Vorentscheidung für die künftige Politik gegenüber dem früheren Jugoslawien darstelle.

Die Bundesregierung habe darüber hinaus einseitig die Aussetzung der Verkehrsverträge mit Serbien und Montenegro beschlossen. Es sei jetzt zu hoffen, daß all die Länder, die uns in der Vergangenheit hierzu ermuntert hätten, aus diesem Beschluß die Konsequenzen zögen. Dies gelte vor allem für Österreich, Italien und Ungarn. Wenn diese Länder nachzögen, würden diese Maßnahmen noch wirksamer sein.

Der Bundeskanzler habe schon erläutert, warum die Jugoslawienfrage nicht auf dem Europäischen Rat behandelt werde. Um aber keine Zweifel an den Absichten der Bundesregierung aufkommen zu lassen, habe der Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte klar gestellt, daß wir die Anerkennung noch vor Weihnachten vornehmen würden.

Am 16. Dezember werde eine Außenministertagung in Brüssel stattfinden. Wir hätten die Absicht, dort unsere Entscheidung darzulegen.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies sei eine rein interne Unterrichtung, die nicht nach außen verwendet werden dürfe.

BM Genscher fährt fort, wir hofften, daß möglichst viele Länder bei dieser Entscheidung mitmachen würden. Er habe über diese Frage auch mit dem zuständigen Kardinalstaatssekretär im Vatikan gesprochen und gebeten, daß der Vatikan seinen Einfluß dahingehend geltend mache, daß möglichst viele mitmachten. Dies betreffe in Osteuropa vor allem Polen. Dies sei auch deswegen wichtig, damit

nicht die falsche Legende aus Belgrad aufkomme, daß alte Pakte aufgewärmt werden sollten.

Der Bundeskanzler bittet sodann Präsident Tudjman um eine Lageeinschätzung.

Präsident Tudjman erklärt, was die Lage an der Front betreffe, so sei es der jugoslawischen Volksarmee - die inzwischen eine serbische Armee sei - nicht gelungen, alle Orte einzunehmen, die sie habe einnehmen wollen. Sie habe zwar Vukovar erobert, nicht aber beispielsweise Osijek.

Die Armee habe nicht mehr die Kraft, alles zu besetzen, was sie besetzen wolle. Wenn die Friedenstruppen der VN in zwei Wochen stationiert würden, werde es der Armee nicht gelingen weiter vorzudringen.

BM Genscher stellt die Frage, wieso die Armee diese Kraft nicht mehr habe.

Präsident Tudjman antwortet, die Armee sei zwar technisch überlegen. Sie verfüge über rund 1600 Panzer und 250 - 300 Flugzeuge, aber ihre Moral sei stark angeschlagen. Die Kampfbereitschaft für einen Eroberungskrieg bestehe praktisch nicht mehr.

Kroatien habe alle Kasernen und militärischen Objekte deblockiert. Die dadurch freigewordenen Kräfte seien nach Bosnien und Herzegowina sowie nach Montenegro abgezogen worden. Die kroatische Regierung habe diesen Schritt gegen die eigene öffentliche Meinung gemacht, aber sie habe damit eine Auflage der EG erfüllen wollen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob die kroatische Regierung irgendwelche realistischen Vorstellungen über die Verluste auf serbischer Seite habe.

Präsident Tudjman antwortet, man wisse, daß Kroatien etwa 200 Panzer genommen und weitere 300 Panzer vernichtet habe. Ferner habe man insgesamt 50 Flugzeuge kassiert bzw. vernichtet. Über die menschlichen Verluste habe man keine genauen Angaben. Es habe aber nach Schätzungen etwa 10.000 Tote auf serbischer Seite gegeben.

Der Bundeskanzler fragt, wieviel Soldaten auf serbischer Seite im Einsatz gewesen seien.

Präsident Tudjman erwidert, insgesamt habe die serbische Armee in Kroatien rund 70.000 Soldaten eingesetzt. Dazu kämen noch Reservisten, über die man keine genauen Angaben habe. Man wisse lediglich, daß in Montenegro etwa 20.000 Reservisten eingezogen worden seien. Er wolle noch darauf hinweisen, daß die erwähnten Verluste auch die irregulären Kräfte umfaßten.

Der Bundeskanzler erklärt, 10.000 Tote seien ein gewaltiger Blutzoll, zumal wenn man hinzurechne, daß es dann auch mindestens 25.000 Verwundete gegeben haben müsse.

Präsident Tudjman erklärt, auf kroatischer Seite habe es etwa 10.000 Tote und etwa 20.000 Verwundete gegeben. Darunter seien 65% Zivilisten. Er habe am 2. Weltkrieg teilgenommen und könne sagen, daß damals die Zerstörungen in Jugoslawien nicht so groß gewesen seien wie jetzt. Die Armee zerstöre mit Artillerie, Mörsern und Minen ganze Ortschaften. Eine derartige Kriegsführung habe man noch nie erlebt, allenfalls seinerzeit in Vietnam.

In Kroatien befänden sich inzwischen über 50.000 Flüchtlinge. Das Territorium, auf dem der Krieg geführt werde, betreffe 30% des Gesamtterritoriums von Kroatien und 25% der Bevölkerung. Dennoch sei es der Armee nicht gelungen, ihr politisches Ziel zu erreichen, nämlich die Regierung in Zagreb zu stürzen und einen großen Teil des kroatischen Territoriums zu erobern.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie jetzt das Verhältnis zur serbischen Minderheit in Kroatien sei.

Präsident Tudjman erwidert, im Kriegsgebiet befänden sich nur noch 30% der Serben, die dort früher gelebt hätten. Davon sei ein kleiner Teil mit den Extremisten liiert, andere seien zwangsevakuert worden. Da, wo noch Serben in Kroatien lebten, gebe es keine Probleme. Nach dem jetzt verabschiedeten Verfassungsgesetz würden der serbischen Minderheit alle Bürgerrechte nach internationalem Standard eingeräumt.

Der Bundeskanzler erklärt, er habe unsere Position in der Frage der Anerkennung bereits dargelegt. Man solle in dieser Frage weiter Kontakt halten. Er wolle noch

einmal sein Ziel bekräftigen, möglichst viele EG-Partner mitzunehmen. Es werde allerdings keinen förmlichen EG-Beschluß geben. Beispielsweise habe der griechische Ministerpräsident Mitsotakis ihm definitiv erklärt, daß Griechenland nicht mitmache.

Er wisse jetzt nicht genau, wer im einzelnen mitmachen werde. Noch vorgestern habe er über diese Frage mit Präsident Mitterrand gesprochen. Dabei sei auch Frankreich klar, daß die Anerkennung kommen müsse. Für Frankreich sei lediglich die Frage, wann dies erfolgen solle und was man damit bewirken könne. Seine Einschätzung sei im übrigen, daß Großbritannien in dieser Frage noch weiter weg sei.

Er gehe davon aus, daß Belgien, Luxemburg, Italien und Dänemark mitmachen würden.

Präsident Tudjman fragt nach Portugal.

Der Bundeskanzler erwidert, da sei er nicht sicher. Selbstverständlich werde sich Österreich anschließen. Auch Schweden wäre sehr wichtig, ferner Ungarn und Polen. Sein Bestreben sei es, die Front zu erweitern, auch wenn es am Tag danach noch wichtige Fragen gebe. Beispielsweise habe er der Regierung in Wien gesagt, daß er gespannt sei, was man nach der Anerkennung tun wolle. Dies gelte insbesondere für die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Präsident Tudjman fragt, ob er aus dem Gesagten schließen dürfe, daß die Anerkennung bis zum 20. Dezember komme. Dies sei wichtig zu wissen, weil Kroatien einen Währungswechsel plane und für den Übergang einen kroatischen Dinar schaffen wolle, dem später die Einführung einer kroatischen Krone folgen würde.

Der Bundeskanzler erwidert, wenn die Dinge sich nicht dramatisch veränderten, könne Präsident Tudjman hiervon ausgehen.

BM Genscher weist darauf hin, daß er auch vorgeschlagen habe, Assoziationsverträge zwischen Slowenien und Kroatien einerseits und der EG andererseits herbeizuführen, so wie dies bereits mit Polen, Ungarn und der CSFR der Fall sei.

Präsident Tudjman erklärt, unter den Staaten, die der Bundeskanzler genannt habe, sei der Vatikan nicht erwähnt.

BM Genscher erwidert, der Vatikan habe in einer Rundnote vorgeschlagen, die Anerkennung noch vor Weihnachten vorzunehmen und man habe ihm darüber hinaus gesagt, daß der Vatikan an dritter oder vierter Stelle die Anerkennung aussprechen werde.

Präsident Tudjman erklärt, er wolle noch auf die innere Lage in Kroatien kurz eingehen. Es habe seitens des Geheimdienstes in Belgrad den Versuch gegeben, die kroatische Regierung zu Fall zu bringen. Dies sei in Verbindung mit dem Fall von Vukovar geplant gewesen. Dieser Versuch sei mißlungen. Die kroatische Demokratie habe sich vielmehr als stark erwiesen.

Seine Regierung habe im übrigen Schritte gegen kroatische Extremisten ergriffen, die sich an die Ustascha anlehnten und Kroatien diskreditieren wollten.

Er habe ferner die Absicht, nach Beendigung des Krieges freie Wahlen auf der Grundlage der neuen Verfassung durchzuführen. Somit könnten die Freunde Kroatiens sicher sein, daß die Demokratie in Kroatien auf festem Boden stehe.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen betreffe, so sei der größte Wunsch Kroatiens, so bald wie möglich ein Teil Europas zu werden. Ferner wolle man enge wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland entwickeln, wo bereits Hunderttausende von Kroaten arbeiteten. Kroatien habe auch die Absicht, seine künftige Währung - die kroatische Krone - an die DM zu binden. Man wolle aber, daß es eine solide Währung sei und erst dann eine wirkliche Währungsreform durchführen, wenn die Devisenreserven dies zuließen.

Kroatien schlage eine lang- und mittelfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit vor und rechne auch mit direkter Hilfe beim Wiederaufbau. Er habe hierzu ein Memorandum mitgebracht, das die kroatischen Wünsche und Vorschläge für die wirtschaftliche Zusammenarbeit enthalte. Dazu gehöre auch der Vorschlag, einen gemischten Ausschuß auf der Ebene der Vizekanzler einzurichten.

Der Bundeskanzler erkundigt sich, wer für diese Fragen auf kroatischer Seite zuständig sei.

Präsident Tudjman erwidert, dies seien vor allem Präsident Gregovic und

Vizepräsident Pavelic, beides ausgewiesene Fachleute für Wirtschaftsfragen.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde das Memorandum prüfen lassen und dann könnten sich möglichst noch im Dezember die Experten beider Seiten treffen.

Präsident Tudjman erklärt, Kroatien habe im vergangenen Jahr eine eigene Luftfahrtgesellschaft gegründet. Zur Zeit sei der Flugverkehr unterbunden. Insgesamt sei dies aber ein zukunftssträchtiger Bereich, da viele Kroaten im Ausland lebten. Wunsch der kroatischen Seite sei, daß diese neue Fluggesellschaft mit der Lufthansa zusammenarbeite, ja sogar als deren Tochtergesellschaft fungiere.

BM Genscher stellt die Frage, wieviele Kroaten im Ausland lebten.

Präsident Tudjman erwidert, es seien insgesamt 3 - 4 Millionen, davon die meisten in Deutschland, in den USA, Kanada und Australien.

Der Bundeskanzler wirft ein, der Einfluß der Kroaten in Kanada mache sich kaum bemerkbar, während Kroatien in Deutschland eine starke Gruppe habe.

Präsident Tudjman erklärt, die Kroaten in Deutschland und in anderen westlichen Ländern hätten eine wichtige Rolle bei der Errichtung der Demokratie gespielt.

Der Bundeskanzler kommt noch einmal auf das Memorandum zu sprechen und erklärt, er werde die zuständigen Staatssekretäre anweisen, die Sachen zu prüfen, und BM Genscher werde Präsident Tudjman über das Ergebnis unterrichten.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob Präsident Tudjman Kontakt zu Polen habe. Ob er möglicherweise den Kardinal in Zagreb in der Anerkennungsfrage einspannen könne.

Präsident Tudjman erklärt, der Kardinal sei ein persönlicher Freund.

BM Genscher wirft ein, es sei sicher nützlich, wenn dieser bei der Bischofssynode in Rom für die kroatische Sache werbe.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Rolle Polens auch für die Stimmung in den USA wichtig sei und stellt die Frage, wie sich die CSFR verhalten werde.

AM Separovic erklärt, er sei kürzlich in der CSFR und Polen gewesen. In beiden Ländern habe er unter anderem mit Kirchenvertretern gesprochen. Bei einem Gespräch mit Außenminister Dienstbier habe ihm dieser zunächst sehr negative Auskünfte erteilt, nämlich daß die CSFR nur Slowenien und nicht Kroatien anerkennen werde und daß die CSFR nur dann die Anerkennung vornehmen werde, wenn ganz Europa dabei sei. Seine Frage, ob eine Gruppe von 10 Ländern in Europa nicht ausreiche, habe Dienstbier ausdrücklich verneint. Er habe daraufhin seine Überraschung über die tschechoslowakische Position zum Ausdruck gebracht. Dies habe Dienstbier veranlaßt, seinen Standpunkt zu ändern, der schließlich erklärt habe, die CSFR sei bereit, sowohl gleichzeitig Slowenien und Kroatien anzuerkennen und auch dann, wenn sich nur 10 europäische Staaten hierzu entschlossen.

Bei seinen Gesprächen in Polen habe er den Eindruck gehabt, daß man dort gegenüber Kroatien und Slowenien sehr aufgeschlossen sei.

Präsident Tudjman erklärt, vor zwei Tagen sei der Botschafter der CSFR bei ihm gewesen und habe ihm ausdrücklich erklärt, daß die CSFR unter den ersten 10 Ländern sein werde, die Kroatien anerkennen würden.

BM Genscher wirft ein, er habe gegenüber Außenminister Dienstbier in Straßburg eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.

Der Bundeskanzler schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Krieg in Jugoslawien bald zu Ende komme.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59747, 97-105.

Head of Division 2

Bonn, 9 December 1991

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with Croatian President Franjo Tudjman on Thursday, 6 December 1991 [\[1\]](#)

Croatian Participants:

President Tudjman

Foreign Minister Separovic

Notetaker

German Participants:

The Chancellor

Foreign Minister Genscher

MD. Dr. Hartmann as Notetaker

The Chancellor cordially greets President Tudjman. He had just heard of the Croatian Parliament's decision regarding minority rights. He thinks this decision was very good. This was an important signal.

Next week, the European Council would take place in Maastricht. It was the clear intention of all participants not to discuss Yugoslavia as an issue. The Federal government would make a clear decision between Maastricht and Christmas.

President Tudjman says that, first, he wanted to thank the Chancellor for the invitation. This was of particular importance to Croatia in these difficult days. The Croatian government greatly appreciated the efforts of the Chancellor and Foreign Minister Genscher in pursuing an end to the war in Yugoslavia. He also wanted to use the occasion of this conversation to discuss economic questions.

Foreign Minister Genscher briefly explains the state of the sanctions. The EC found consensus on sanctions on 8 November. Last Monday, they had taken positive measures toward those republics that were willing to cooperate. The latter had been a difficult thing, as all EC member states had been aware that this step was not recognition, but an important political signal implying that Yugoslavia no longer existed. Thus, this decision was a preliminary one with regards to the EC's future policy toward Yugoslavia.

Moreover, the Federal government had decided on the unilateral suspension of traffic treaties with Serbia and Montenegro. Our hope was that all the members who had encouraged us to take this step in the past would now follow through with the consequences. This applied especially to Austria, Italy, and Hungary. If those countries followed up, the measure would be even more efficient

The Chancellor had already explained why the Yugoslavian issue would not be discussed at the European Council. To avoid the emergence of any doubts with regards to the intentions of the Federal government, the Chancellor had used the budget debate as an opportunity to emphasize our willingness to recognize Slovenia before Christmas. There would be a Foreign Ministers' meeting in Brussels on 16 December. Our intention was to set out our position on this occasion.

The Chancellor inserts that this was a purely internal briefing that must not be externally utilized.

Foreign Minister Genscher continues, saying that we hoped that as many countries as possible would join in. He had discussed this question with the responsible Undersecretary in the Vatican, asking the Vatican to exercise its influence to coax as many states as possible to participate. In Eastern Europe, this particularly applied to Poland. This was especially important to counter Belgrade's false claim that old alliances were being warmed up again.

The Chancellor then asks President Tudjman for his assessment of the situation.

President Tudjman says that with regards to the situation on the front, the Yugoslavian army - which had become a Serbian army - had not managed to occupy all the settlements which it had planned to conquer. Albeit that it had occupied Vukovar, it had not been able to seize Osijek, for instance.

The army no longer had the force to occupy everything they wanted. If the UN peace force was deployed in two weeks, the army would not be able to move further.

Foreign Minister Genscher queries as to why the army no longer had this kind of power.

President Tudjman replies that the army was technically superior, having 1,600 tanks and 250 - 300 aircraft at its disposal, but its morale was severely weakened. The combat readiness for a war of conquest no longer existed in practice.

Croatia had unblocked all barracks and military facilities. The released forces had been moved to Bosnia and Hercegovina and Montenegro. Croatia's government had pursued this step against its own public opinion in order to fulfill the demands of the EC.

The Chancellor raises the question as to whether the Croatian government had any kind of realistic estimate about the losses of the Serbian side.

President Tudjman replies that one knew Croatia had taken about 200 tanks and had destroyed some further 300 tanks. Moreover, they had taken or destroyed about 50 aircraft. One did not have precise estimate of the human losses. According to estimates, there had been roughly 10,000 deaths on the Serbian side.

The Chancellor queries how many soldiers had been involved in the operations on the Serbian side.

President Tudjman replies that the Serbian army had used about 70,000 soldiers in Croatia, all in all. In addition, there was a certain number of reservists who had been drafted in Montenegro. He wanted to point out that the estimated losses also included irregular forces.

The Chancellor says that 10,000 deaths was an enormous toll, especially as one had to add another 25,000 wounded, at least.

President Tudjman says that there were about 10,000 deaths and roughly 20,000 wounded on the Croatian side, of which 65% were civilian. He had participated in World War II and was certain that the extent of destruction in Yugoslavia then had not been as great as it was now. The army uses artillery, mortars, and shells to destroy entire settlements. One had never witnessed such a manner of warfare, at most perhaps in Vietnam.

Croatia had more than 50,000 refugees. The war affected 30% of Croatia's territory and 25% of its overall population. Still, the Yugoslavian army had not managed to reach its political aim, which had been to topple the government in Zagreb and to occupy large parts of Croatia's territory.

The Chancellor queries about the relationship between Croats and the Serbian minority in Croatia.

President Tudjman says that the war zone included just 30% of the Serbs who had previously lived there. A small part of them were associated with the extremists, others had been evacuated by compulsion. There were no problems in those areas in which Serbs lived in Croatia. According to the recently passed constitutional laws, the Serbian minority had all civilian rights in accordance with international law.

The Chancellor says that he had already explained our position with regards to the issue of recognition. They should stay in touch on this question. He wanted to reaffirm his objective to include as many EC partners as possible. There would not be a formal EC decision, however. Greek Prime Minister Mitsotakis had told him definitively, for instance, that Greece would not join in.

He did not know in detail who would join. He had discussed this question with President Mitterrand two days ago. France was also certain that recognition had to come. From France's perspective, the decisive question dealt with timing and the effects of recognition. Moreover, his assessment was that Great Britain was even further away on this. He assumed that Belgium, Luxembourg, Italy and Denmark would be joining in.

President Tudjman queries about Portugal.

The Chancellor replies that he was not certain. Austria would certainly participate. Sweden would also be very important, as well as Hungary and Poland. His effort was to expand the front even if there were still important question to clarify the day after.

For instance, he had told the government in Vienna that he was eager to see the actions one would take after recognition. This especially applied to the field of economic cooperation.

President Tudjman asks whether he might conclude from the Chancellor's statement that recognition would occur before 20 December. This was important to know for Croatia as one was planning a currency change, establishing a Croatian dinar during a transitory phase, which will then be followed by the introduction of a Croatian krone.

The Chancellor says that the President could go by that if the situation did not dramatically change.

Foreign Minister Genscher refers to his proposal for the conclusion of association agreements between Slovenia, Croatia, and the EC, such as the one that had been concluded with Poland, the CSFR, and Hungary.

President Tudjman says that the Vatican was not among the states that the Chancellor had mentioned.

Foreign Minister Genscher replies that the Vatican had suggested to carry out recognition prior to Christmas. Moreover, the Vatican had told him that it would express recognition in the third or fourth place.

President Tudjman says that he briefly wanted to elaborate on the domestic situation in Croatia. The secret service in Belgrade had tried to topple the Croatian government. This had been planned in conjunction with the fall of Vukovar. This attempt had failed. Croatia's democracy had proven itself as stable.

His government had taken steps against Croatian extremists trying to lean on the Ustaše in an attempt to discredit Croatia.

Moreover, he planned to have an election based on the new constitution after the war. Thus, Croatia's friends could be certain that democracy had a firm foundation in Croatia.

With regards to economic cooperation, Croatia's greatest aspiration was to become a part of Europe as soon as possible. Moreover, one wanted to establish close economic relations with Germany, where hundreds of thousands of Croats were working. Further, Croatia had the intention to peg the future currency - the Croatian krone - to the DM. One envisaged it as a solid currency, and they were planning to first carry out the currency reform when there are enough foreign currency reserves.

Croatia's suggested middle and long-term economic cooperation hoped for direct assistance with reconstruction. He had brought a memorandum entailing Croatia's requests and suggestions for economic cooperation. This included a proposal for the establishment of a mixed commission on the level of Vice-Chancellors.

The Chancellor queries who was in charge on the Croatian side.

President Tudjman replies that this was mainly President Gregovic and Vice President Pavelic, both of whom were renowned experts on economic issues.

The Chancellor explains that he would examine the memorandum and then experts from both sides might be able to meet in December.

President Tudjman says that Croatia established its own airline last year. Currently, any kind of air traffic was interrupted. As a whole, this was a promising field as many Croats lived abroad. Croatia envisaged a new sort of cooperation between this airline with Lufthansa, which could perhaps turn into a subsidiary company of Lufthansa.

Foreign Minister Genscher asks how many Croats lived foreign countries.

President Tudjman replies that the number totaled 3-4 million, most of them in Germany, the USA, Canada, and Australia.

The Chancellor says that Croatia's influence in Canada was hardly felt whereas the Croatians were a strong group in Germany.

President Tudjman says that the Croatians in Germany and in other western countries had played an important role in the establishment of democracy.

The Chancellor again refers to the memorandum, explaining that he would let the relevant Undersecretaries examine the issue. Foreign Minister Genscher would inform President Tudjman about the result.

The Chancellor queries whether President Tudjman had contacts in Poland and whether he could use the Cardinal in Zagreb, with regards to the recognition question.

President Tudjman says that the Cardinal was his personal friend.

Foreign Minister Genscher inserts that it would certainly be useful for Croatia to let him make Croatia's case before the synod of bishops in Rome.

The Chancellor points out that Poland's role would also be important for the mood in the United States, asking how the CSFR would approach the issue.

Foreign Minister Separovic says that he had recently been in the CSFR and Poland. He had met with church representatives in both countries. Initially, Foreign Minister Dienstbier had given him very negative information, namely that the CSFR was planning to recognize just Slovenia and not Croatia; The CSFR would only carry out recognition if Europe as a whole was joining in. Dienstbier had explicitly negated his question of if a group of 10 countries was not sufficient. Thereupon, he had expressed his surprise about the Czechoslovakian position. This had caused Dienstbier to change his position. Eventually, Dienstbier had declared that Slovenia was ready for the recognition of both Slovenia and Croatia, provided that at least 10 European countries would make this decision as well.

His talks in Poland confirmed his impression that one was very open-minded toward Croatia and Slovenia.

President Tudjman says that the CSFR's Ambassador had visited him two days ago, explicitly saying that the CSFR would be among the first 10 countries in Europe to recognize Croatia.

Foreign Minister Genscher inserts that he had expressed a corresponding recommendation to Foreign Minister Dienstbier in Strasbourg.

The Chancellor concludes, expressing his hope that the war in Yugoslavia would soon come to an end.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59747, 97-105.